

# Mitteilung

## öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Soziales und Senioren	09.06.2016
Gesundheitsausschuss	21.06.2016

### **Einrichtung einer Clearingstelle zur Sicherstellung des regelhaften Zugangs zum Gesundheitssystem für neu zugewanderte Menschen in Köln**

Migrantinnen und Migranten, die, anders als Geflüchtete, keinen Zugang zu regulärer Gesundheitsversorgung in Deutschland haben, können lediglich informelle Netzwerke, caritative Versorgungsangebote wie das der Malteser Migranten Medizin oder die niedrighwelligen ärztlichen Sprechstunden des Gesundheitsamtes in Anspruch nehmen. Akute oder behandlungsbedürftige chronische Erkrankungen werden deswegen oft verschleppt, dringend erforderliche Impfungen oder Vorsorgeuntersuchungen sind nicht zugänglich. So sind z. B. mehr als 80% der Patientinnen und Patienten in der ärztlichen Sprechstunde des Fachdienstes STI und sexuelle Gesundheit nicht krankenversichert, hinzu kommen Schwangere, die zur Mutterschaftsvorsorge in die Schwangerenberatungsstelle kommen sowie Kinder und Erwachsene mit akuten allgemeinmedizinischen Problemen.

Neben den sog. Papierlosen betrifft dies vor allem Bürgerinnen und Bürgerinnen der neuen EU-Mitgliedsstaaten. Bereits seit mehreren Jahren wird deswegen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene die Einrichtung sog. Clearingstellen gefordert, um diese Menschen beim Zugang zu dringend notwendiger Gesundheitsversorgung zu unterstützen.

Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen (MGEPA) hatte Mitte 2015 dazu aufgerufen, Projektvorschläge für Clearingstellen einzureichen, um Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds zu beantragen. Dafür hatte sich das Gesundheitsamt zusammen mit dem Diakonischen Werk Köln und Region und dem Caritasverband für die Stadt Köln als Projektpartner beworben. Unterstützt wurde die Interessensbekundung durch Absichtserklärungen in Form von sog. Letters of Intent von der AOK Rheinland, dem Job-Center, dem Sozialamt und der Ausländerbehörde als potenziellen Kooperationspartnern.

Im Verlauf des Verfahrens hat sich das Land NRW aus förderrechtlichen Gründen entschlossen, das Projekt der Clearingstelle aus eigenen Mitteln zu fördern. Sie soll ab Juni 2016 Migrantinnen und Migranten dabei unterstützen, Zugang zu regulärer Versorgung zu erhalten. Durch die Landesförderung von 540.000 € können bei dem Diakonischen Werk Köln und Region und dem Caritasverband für die Stadt Köln für drei Jahre zusätzliche Personalstellen für das Projekt eingerichtet werden. Das Gesundheitsamt stellt einen Beratungsraum zur Verfügung, in dem die beiden Verbände, parallel zu den ärztlichen Sprechstunden, niedrighwellig und muttersprachlich Beratung und Orientierung anbieten.

Durch die umfassende Kompetenz der Projektpartner erhalten nicht krankenversicherte Migrantinnen und Migranten so einerseits im Gesundheitsamt ärztliche Versorgung bei akuten gesundheitlichen Problemen und können andererseits - dank der umfassenden Kompetenzen und Netzwerke der Projektpartner - gezielt unterstützt und begleitet, sowie in die weiterführenden regulären Strukturen vermittelt werden.

Die Clearingstelle wird aber auch für Arztpraxen und Krankenhäuser Ansprechpartner sein, wenn diese Einrichtungen von Menschen mit unklarem Versicherungsstatus aufgesucht werden.